

18.12.01

Antrag

der Länder Hessen, Saarland

Erstes Gesetz zur Änderung des Postumwandlungsgesetzes

Punkt 8a der 771. Sitzung des Bundesrates am 20. Dezember 2001

Der Bundesrat möge beschließen:

Der Bundesrat verlangt die Einberufung des Vermittlungsausschusses gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes mit dem Ziel der grundlegenden Überarbeitung des Gesetzes.

Begründung:

Die mit dem Gesetzentwurf beabsichtigte Privatisierung der Deutschen Post AG steht in engem sachlichen Zusammenhang mit anderen postpolitischen Entscheidungen, insbesondere der Zweiten Änderung des Postgesetzes. Auch im Lichte der europäischen Entwicklung bei der Postrichtlinie, die auf eine deutliche Einschränkung des reservierbaren Bereiches und damit auf eine weitere Liberalisierung abzielt, ist eine Anpassung der nationalen Regelungen unabdingbar. Um frühzeitig umfassende Transparenz zu den politischen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit auf dem Postmarkt zu schaffen, sollte daher eine in sich geschlossene Regelung aller anstehenden postpolitischen Fragen erfolgen.

Ausgeliefert am 19. DEZ. 2001